

Difu-Fortbildung

Praxis – Wissen –
Erfahrungsaustausch

 Jahresprogramm

2011

Deutsches Institut für Urbanistik



Difu-Fortbildung

Jahresprogramm 2011

Die Difu-Fortbildung ist das Forum für Praxis, Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch. Unter ihrem Dach werden Veranstaltungsangebote für ganz unterschiedliche Zielgruppen gebündelt:

- das **Difu-Veranstaltungsprogramm**, in dessen Rahmen mit einer breiten, kommunalrelevanten Themenpalette „Berlin-Seminare“, Regionalseminare, Fachtagungen, Kongresse und Brennpunkt-Seminare durchgeführt werden;
- die Abendveranstaltungen der **Difu-Dialoge** für die lokale Fachöffentlichkeit;
- die Veranstaltungen der **Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)** zum Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe;
- die Veranstaltungen der **Fahrradakademie** zum Themenfeld Radverkehr.

Dieses Programmheft informiert über die für das Jahr 2011 geplanten Difu-Veranstaltungen. Zu den Difu-Dialogen wird gesondert informiert und eingeladen.

Die im ersten Halbjahr angebotenen Veranstaltungen werden im Programmheft ausführlich beschrieben. Kurztex-te informieren über Veranstaltungen des zweiten Halbjahres. Die „Langfassungen“ zu den Veranstaltungen im zweiten Halbjahr stehen den Einzelprogrammen voran, die dann auch unter www.difu.de/seminare zu finden sind.

Auch 2011 zeichnet sich das Difu-Veranstaltungsprogramm durch eine große Themenvielfalt aus. In bewährter Weise behandeln die Veranstaltungen Themen unter anderem aus den Aufgabenfeldern Stadtentwicklung/ Stadtplanung, kommunale Bildungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. Für aktuell aufkommende kommunalrelevante Themen werden zusätzlich kurzfristig „Brennpunkt-Seminare“ angeboten.

Ebenfalls im Programmheft enthalten sind Auskünfte über die Veranstaltungen der Fahrradakademie und der AGFJ. Nähere Informationen finden sich im Programmflyer der Fahrradakademie und in den Einzelprogrammen der AGFJ. Im Internet werden diese Veranstaltungen unter www.fahrradakademie.de sowie unter www.fachtagungen-jugendhilfe.de angekündigt.

Übersicht 2011

1. Halbjahr

1. Inklusion statt Integration: Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?
Seminar, 12.-13. Januar 2011, Berlin
2. Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale
Seminar, 19.-20. Januar 2011, Berlin
3. Interkommunale Kooperation, Shared Services und öffentlich-öffentliche Kooperationen
Seminar, 3.-4. Februar 2011, Berlin
4. Profitcenter Veranstaltungshallen!
Wirtschaftsförderung – Ergebnisoptimierung – Wertschöpfung
Fachtagung, 7.-8. Februar 2011, Berlin
5. Hauptverkehrsstraßen im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung
Seminar, 21.-22. Februar 2011, Berlin
6. Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz II – Wege der Kooperation und Kommunikation
Seminar, 21.-22. Februar 2011, Köln
7. Chancen und Reichweite von Ehrenamt zur Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur
Seminar, 28. Februar – 1. März 2011, Berlin
8. Alternative Finanzierungs- und Beschaffungsformen
Seminar, 3.-4. März 2011, Berlin
9. Demografischer Wandel: Kommunale Konzepte in der Bewährung
Seminar, 14.-15. März 2011, Berlin
10. Ältere Migranten in der Stadt – Handlungsfeld und Potenzial für Kommunen
Seminar, 21.-22. März 2011, Berlin
11. 16. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten
Kongress, 21.-22. März 2011, Goslar
12. Kennzahlen in der kommunalen Praxis – Großer Wurf oder Muster ohne Wert?
Seminar, 24.-25. März 2011, Berlin
13. Entscheidungsfragen bei der Organisationswahl kommunaler Leistungserbringung
Seminar, 31. März – 1. April 2011, Berlin

14. Korruptionsprävention im Rathaus
Seminar, 7.–8. April 2011, Berlin
15. Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen.
Wer sitzt am Steuer?
Seminar, 11.–12. April 2011, Berlin
16. 41. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur
Stadterneuerung und Sozialplanung
Erfahrungsaustausch, 11.–13. Mai 2011, Gotha
17. Wohneigentumsbildung von Migranten:
Ein Stabilisierungsfaktor in benachteiligten
Wohnquartieren?
Seminar, 12.–13. Mai 2011, Berlin
18. Friedhofs- und Bestattungswesen als kommunale
Aufgabe
Seminar, 19.–20. Mai 2011, Berlin
19. Urbane Landwirtschaft – Ein Beitrag zur
zukunftsreichen Stadt(entwicklung)?
Seminar, 26.–27. Mai 2011, Berlin
20. Elektroverkehr – Chancen und Risiken
für den Stadtverkehr
Seminar, 31. Mai–1. Juni 2011, Berlin
(voraussichtlicher Termin)
21. Ausgaben- und Aufgabenverantwortung in einer
Hand – Handlungsspielräume der
Aufgabenträger im ÖPNV
Seminar, 9.–10. Juni 2011, Berlin
22. Städtebaurecht aktuell – Neue umweltbezogene
Anforderungen?
Fachtagung, 16.–17. Juni 2011, Berlin
23. Kommunale Wirtschaftsförderung: Erfolgreiche
Bestandssicherung und -entwicklung!
Seminar, 20.–21. Juni 2011, Berlin

2. Halbjahr

24. Sauber, leise, klimaneutral – Was kann die
kommunale Verkehrspolitik leisten?
Seminar, 8.–9. September 2011, Berlin
25. Beteiligungsmanagement und Corporate
Governance: Konzepte – Erfahrungen –
Perspektiven
Seminar, 15.–16. September 2011, Berlin
26. Gender Mainstreaming in der kommunalen
Praxis
Seminar, 26.–27. September 2011, Berlin

27. Bilanzpolitik und Bilanzanalyse im neuen kommunalen Rechnungswesen
Seminar, 29.-30. September 2011, Berlin
28. Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor: Handlungsfelder, Trends und Perspektiven
Seminar, 17.-18. Oktober 2011, Berlin
29. Energieeffizienz, Ressourceneffizienz und Nutzung erneuerbarer Energie in der Stadt – Handlungsoptionen, Umsetzungsschritte und Beispiele für CO₂-arme Versorgungsstrukturen
Seminar, 20.-21. Oktober 2011, Berlin
30. Weiterentwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke
Seminar, 27.-28. Oktober 2011, Berlin
31. Indikatoren, Benchmarks, Städterankings – Zahlenspielerei oder Grundlage informierter Stadtpolitik?
Seminar, 3.-4. November 2011, Berlin
32. „Die Geister, die ich rief“: Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe
Seminar, 10.-11. November 2011, Berlin
33. Monitoring und Evaluation in der Sozialen Stadt
Seminar, 17.-18. November 2011, Berlin
34. „No-Go-Areas“, Kriminalitätsschwerpunkte und Inseln der Sicherheit – Was macht Räume in der Stadt zu sicheren oder unsicheren Orten?
Seminar, 24.-25. November 2011, Berlin
35. Kommunalrelevante Neuerungen des Vergaberechts
Seminar, 1.-2. Dezember 2011, Berlin
36. „Stadt quo vadis? – Stadt ohne Geld“
Finanzen, Soziale Systeme, Infrastrukturen, Klimaanpassung
Bürgermeisterseminar, 8.-9. Dezember 2011, Berlin
(voraussichtlicher Termin)

Weitere geplante Veranstaltungen 2011

(Ein genauer Termin lag zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht vor.)

37. Kommunale Anpassungsstrategien an den Klimawandel
Fachtagung im 2. Halbjahr, Köln
38. Novelliertes Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz: Auswirkungen auf kommunale Tätigkeitsfelder
Fachtagung im 2. Halbjahr, Köln
39. Commercial Transport in Urban Areas
Fachtagung, Berlin (Termin noch offen)

Fahrradakademie



Vernetzung, Fortbildung,
Information für Kommunen

Programmjahr 2010/11

Mit den Angeboten der Fahrradakademie trägt das Difu seit 2007 der hohen Nachfrage nach Fortbildungen im Bereich der Radverkehrsplanung Rechnung.

Die Fahrradakademie bietet ein umfangreiches, bundesweites Fortbildungsprogramm. Das Angebot richtet sich an alle mit Fragen des Radverkehrs befassten Akteure in Städten, Gemeinden, Landkreisen, Landesbehörden, Planungsbüros und Verbänden.

Das Programmjahr 2010/11 umfasst mindestens 21 Seminare, Konferenzen, Workshops und Exkursionen:

Am 09./10. November 2010 findet in Karlsruhe die vierte „Fahrradkommunalkonferenz“ statt. Sie dient dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung zwischen den Radverkehrsverantwortlichen in den öffentlichen Verwaltungen.

Danach stehen Seminarreihen im Mittelpunkt bei denen an unterschiedlichen Standorten Veranstaltungen zu folgende Themen angeboten werden:

- Radverkehr an Knotenpunkten
(2-tägig/150 Euro inkl. Übernachtung)
- Radverkehr außerorts
(1-tägig/50 Euro)
- Sicherer Radverkehr für Kinder und Jugendliche
(1-tägig/50 Euro)
- Radverkehr in der integrierten Verkehrsplanung
(2-tägig/150 Euro inkl. Übernachtung)

Für die Leitungsebene von Verwaltung und Politik wird zudem im Frühjahr 2011 eine 3-tägige Fachexkursion in die Niederlande angeboten.

Alle Veranstaltungen der Fahrradakademie werden von erfahrenen Referenten aus der kommunalen Praxis und der Forschung durchgeführt.

Die Fahrradakademie wird gefördert vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag sowie der Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützen die Akademie.

Weitere Informationen sind erhältlich unter:
www.fahrradakademie.de

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik

Leitung: Dipl.-Ing. Arne Koerdit

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

im Deutschen Institut für Urbanistik

Die AGFJ im Deutschen Institut für Urbanistik veranstaltet bundesweite Fachtagungen zu aktuellen Fragen und Problemstellungen des kommunalen Verwaltungshandelns im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Anliegen und konzeptioneller Ansatz der Tagungen ist es, einen Institutionen übergreifenden Dialog zwischen Fachkräften aus der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe zu initiieren und andere beteiligte Professionen in diesen Dialog einzubinden.

Auf den Tagungen werden praktische Erfahrungen, Modelle, Lösungsstrategien und Innovationen verschiedener Bereiche der Jugendhilfe aus unterschiedlichen Kommunen und Ländern vorgestellt, und es sollen Anregungen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe vor Ort gegeben und damit die Entwicklung örtlicher Netzwerke unterstützt werden.

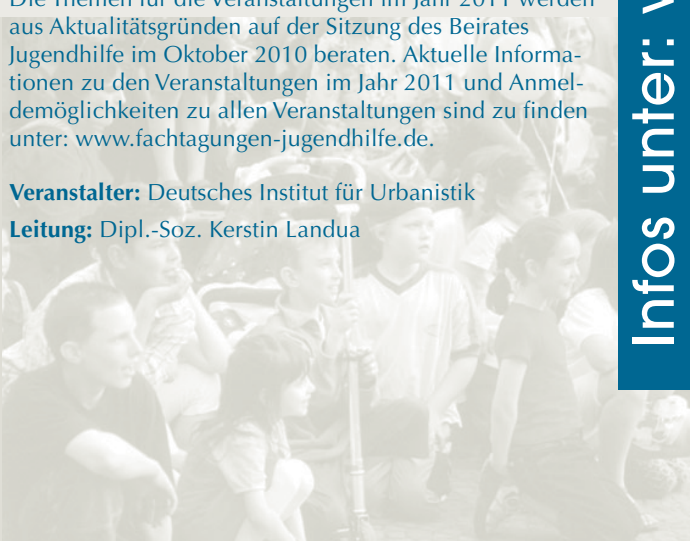
Die Veranstaltungen sind eine wichtige Schnittstelle zur Vermittlung politischer Handlungsschwerpunkte des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und gesetzlicher (Neu-)Regelungen sowie für den Erfahrungstransfer zwischen BMFSFJ und kommunaler Praxis.

Die Ergebnisse der Tagungen werden in der projekteigenen Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ dokumentiert und damit einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Themen für die Veranstaltungen im Jahr 2011 werden aus Aktualitätsgründen auf der Sitzung des Beirates Jugendhilfe im Oktober 2010 beraten. Aktuelle Informationen zu den Veranstaltungen im Jahr 2011 und Anmeldemöglichkeiten zu allen Veranstaltungen sind zu finden unter: www.fachtagungen-jugendhilfe.de.

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik

Leitung: Dipl.-Soz. Kerstin Landua



Inklusion statt Integration: Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?

Seminar in Kooperation mit dem DST

Seit dem 26. März 2009 sind die Inhalte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und des dazu gehörigen Fakultativprotokolls auch für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verbindlich. Mit dem Übereinkommen geht es darum, die Rahmenbedingungen der Schule an den Bedürfnissen und Besonderheiten aller Schülerinnen und Schüler auszurichten (Inklusion). Diese im Grundsatz begrüßenswerte Regelung wird erhebliche Auswirkungen auf das gesamte deutsche Schulsystem haben.

Die konsequente Umsetzung der UN-Konvention im Schulbereich erfordert deren Transformation in die jeweiligen Schulgesetze durch die Länder. Auf dieser Grundlage ist die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes notwendig, das neben den Rahmenbedingungen einer gemeinsamen Schule für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche auch die notwendige Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen regelt. Die UN-Konvention dürfte nicht unerhebliche Auswirkungen auf die kommunalen Schulträger im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung sowie die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Inklusion im Rahmen der schulrechtlichen Zuständigkeiten haben.

Im Seminar soll daher unter anderem erörtert werden,

- was Inklusion für das bisherige Schulsystem mit seiner Unterscheidung in allgemeine und Förderschulen bedeutet,
- ob und wie die Forderungen der UN-Konvention umgesetzt werden können,
- welche rechtlichen Folgen bzw. Verpflichtungen sich aus der UN-Konvention für Länder wie auch Kommunen (insbesondere kommunale Schulträger) ergeben,
- welche Kosten mit einer Umsteuerung im Sinne eines inklusiven Schulsystems verbunden sein könnten.

Zielgruppe: Führungs- und Fachkräfte aus den kommunalen Bereichen Schule, Jugend, Soziales, Kultur, Wirtschaftsförderung und Finanzen, Stadtentwicklung und -planung, aus Kammern und Verbänden sowie für Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp, Beigeordneter Klaus Hebborn (DST)

Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale

Seminar

Nach einer längeren Phase der Stagnation oder sogar eines leichten Rückgangs befindet sich das Automaten-geschäft seit der Novellierung der Spielverordnung 2006 in den Kommunen wieder im Aufwind. Die Zahl der Genehmigungsanträge für Spielhallen (gewerbliche Spielstätten) bei den unteren Baurechtsbehörden ist bundesweit deutlich angestiegen. Probleme, die durch die Zunahme der Spielhallen an Gewicht gewinnen, beschäftigen vermehrt die politischen Gremien der Städte.

Bei der kritischen Auseinandersetzung mit den Folgen des neuerlichen Spielhallenbooms, insbesondere nun auch größerer „Entertainment-Center“, stehen sozial- und jugendpolitische Aspekte wie auch Trading-down-Prozesse in zentralen Stadtquartieren und Fehlbelegungen von Gewerbegebieten im Vordergrund: exzessiver Umgang mit Geldspielgeräten und seine Folgen, negative Veränderungen (inner)städtischer Lagestrukturen, Verdrängung von Handwerksbetrieben und produzierendem Gewerbe.

Also: Wieder mehr Spielhallen – was tun? Im Seminar sollen aktuelle Entwicklungsprozesse aufgezeigt, Erfahrungen aus der kommunalen Praxis mit dem Steuerungsinstrumentarium vorgestellt und Möglichkeiten zur Problemlösung diskutiert werden.

Folgende Fragen und Aspekte werden aufgegriffen:

- Welche Entwicklungen als Folge der jüngsten Spielhallen-Konjunktur sind zu beobachten?
- Wie schätzt die Unterhaltungsautomatenwirtschaft selbst die Trends und Rahmenbedingungen ein?
- Zum planerischen Umgang mit Spielhallen: Welche Rolle kommt Vergnügestätten-Konzepten zu?
- Anforderungen an das rechtliche Instrumentarium: Steuerungserfordernisse und -potenziale.
- Welche Strategien zur Prävention bei pathologischem Spielverhalten versprechen Erfolg?

Zielgruppen: Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Öffentliche Ordnung, Stadtplanung und Stadtentwicklung, Recht, Gesundheit, Wirtschaftsförderung und Finanzen, Liegenschaften, Ratsmitglieder und Vertreter/innen der Spielhallenbranche

Leitung: Dr. Gerd Kühn

Interkommunale Kooperation, Shared Services und öffentlich-öffentliche Kooperationen

Seminar in Kooperation mit dem DST

Die Ansprüche an kommunale Verwaltungsleistungen steigen, gleichzeitig stehen dafür nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Ein großer Teil der kommunalen Aufgaben in allen Kommunen (zumindest des jeweiligen Bundeslandes) muss nach den gleichen gesetzlichen Grundlagen wahrgenommen werden. Genau dies eröffnet bei konsequentem Einsatz von Informationstechnologien große Rationalisierungspotenziale, nicht nur bei den „Massengeschäften“, sondern auch bei anspruchsvolleren Verwaltungsleistungen. Interkommunale Kooperation, die Ausgliederung von Verwaltungsaufgaben in eigenständige Shared-Services-Einheiten und öffentlich-öffentliche Kooperationen versprechen neue Möglichkeiten zur Umsetzung transparenter Verwaltungsabläufe, eine bessere Orientierung der Angebote auf Kundenwünsche und damit eine bessere Servicequalität. Was steckt hinter diesen Versprechungen? Das Seminar stellt dazu Erfahrungen, Lösungsansätze und gute Beispiele aus der und für die öffentliche Verwaltung vor. Anhand von Praxisbeispielen werden typische Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten erörtert.

Das Seminar behandelt aktuelle Problemstellungen und Lösungsansätze sowie grundsätzliche Fragen der Zusammenarbeit von Kommunen bei ihrer Aufgabenwahrnehmung. Dazu zählen unter anderem folgende Themen:

- Organisatorische Aspekte der interkommunalen Zusammenarbeit
- Gemeinsame Ämter mehrerer Kommunen
- Zusammenarbeit im IT-Bereich
- Shared Services
- Europäische Erfahrungen mit interkommunalen Dienstleistungszentren
- Rechtliche Aspekte interkommunaler Kooperation
- Gemeinsame Beschaffung

Im Seminar sollen sowohl aktuelle Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf den ÖPNV als auch geeignete Vorgehensweisen besprochen werden, wobei die Suche nach tragfähigen Handlungskonzepten im Vordergrund stehen wird.

Zielgruppen: Personal- und Organisationsdezernenten, Haupt- und Organisationsamtsleiter

Leitung: Dr. Holger Floeting

Profitcenter Veranstaltungshallen! Wirtschaftsförderung – Ergebnis- optimierung – Wertschöpfung

5. Gemeinsame Fachtagung von EVVC/DST/Difu

Hallen sind defizitär, aber gewinnbringend“, so überschrieb vor Jahren eine große deutsche Tageszeitung ihren Bericht über Stadthallen, Arenen und Veranstaltungszentren. Heute, angesichts der aktuellen Finanzkrise, leerer Kassen und daraus zwingend resultierender Erfordernisse zum Sparen in allen Bereichen der öffentlichen Hand – insbesondere auch bei den Kommunen –, muss eine solche zwar einprägsame, aber eben auch verkürzte Formel sicher differenziert hinterfragt und genau überprüft werden:

- Sind vielerorts auftretende und stets im Mittelpunkt der Kritik stehende Defizite wirklich unvermeidlich?
- Wo kann man noch nicht ausgeschöpfte Einnahmepotenziale ausmachen? Welche kreativen Möglichkeiten zur Kostenreduzierung gibt es?
- Nachhaltigkeit und „Green Meetings“ – Kostenfaktor oder erfolgversprechende Zukunftsinvestitionen?
- Sind privatwirtschaftliche Konzepte auf das Management öffentlich-rechtlicher Einrichtungen übertragbar?
- Welche Rolle spielen attraktive Veranstaltungen in kommunaler Wirtschaftsförderung und Regionalmarketing?
- Wie sehen volkswirtschaftliche Wertschöpfungsketten aus? Rechtfertigen sie betriebswirtschaftliche Zuschüsse?

Diesen und weiteren Fragen wird in der 5. Auflage der erfolgreichen Reihe „Fachtagungen zum Hallen-, Veranstaltungs- und Eventmanagement“ nachgegangen.

Experten aus Veranstaltungswirtschaft und Hallenmanagement, aus Politik und Verwaltung stellen bewährte Betriebsmodelle, kreative Denkansätze und neue Studienergebnisse zu Ergebnisoptimierung, Wertschöpfung und nachhaltiger lokaler Wirtschaftsentwicklung vor.

Zielgruppen: Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Stadtentwicklung, Stadtplanung, Wirtschaftsförderung, Controlling, Finanzen, Kultur; Ratsmitglieder; Geschäftsführer/innen und leitende Mitarbeiter/innen von Arenen, Stadthallen und Veranstaltungszentren

Leitung: Dr. Gerd Kühn,
Dipl.-Volkswirt Otto Huter (DST)

Hauptverkehrsstraßen im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung

Seminar

Hauptverkehrsstraßen sind die Lebensadern der Städte. Die Lebensqualität einer Stadt und die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes entscheiden sich in den Hauptstraßen.

An den Hauptverkehrsstraßen überlagern sich konkurrierende Flächenansprüche an den öffentlichen Raum stärker als anderswo. Die Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen Nutzungen und Interessen spielen sich hier mit besonderer Intensität ab.

Hinsichtlich der Gestaltung der Hauptverkehrsstraßen setzen Regelwerke und Richtlinien wie die „Richtlinie zur Anlage von Stadtstraßen“ (RASt) aktuell neue Standards. Faktoren wie die Aufenthaltsqualität und die gestalterische Aufwertung gewinnen in der Abwägung an Bedeutung. In vielen Orten eröffnen Ortsumgehungen neue Gestaltungsspielräume.

Gleichzeitig erfordern die aktuellen gesetzlichen Grundlagen im Bereich Luftreinhalteplanung und Lärmmindeungsplanung eine Verringerung der Emissionen.

Wir werden die Entwicklung in den Hauptverkehrsstraßen unserer Städte anhand folgender Fragen beleuchten:

- Wie lösen erfolgreiche Städte die aktuellen Herausforderungen an den begrenzten Straßenraum bei gleichzeitig knappen Ressourcen?
- Wie kann durch das Design von Hauptverkehrsstraßen und die Verteilung von Verkehrsflächen eine Verringerung von Emissionen erreicht werden?
- Wie gelingt bei Hauptverkehrsstraßen im Bestand die Aufwertung und Erhöhung der Aufenthaltsqualität und was bedeutet das für die Verkehrsfunktion?
- Wie lässt sich die Verkehrssicherheit von Hauptverkehrsstraßen erhöhen?
- Wie kann man ÖPNV und Radverkehr als Motor für hochwertige Stadtgestaltung und eine Veränderung der Mobilitätskultur nutzen?
- Wie gewinnt man für einen Umbau die Unterstützung von Politik, Einzelhandel, Bevölkerung und Presse?

Zielgruppen: Verwaltungschefs, Ratsmitglieder, Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt

Leitung: Dipl.-Ing. Arne Koerdt,
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt

Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz II

Wege der Kooperation und Kommunikation

Seminar in Kooperation mit dem DST

In vielen Kommunen wurde bereits anhand guter energetischer Sanierungsprojekte im denkmalgeschützten Gebäudebestand demonstriert, dass die Belange des Denkmalschutzes und des Umweltschutzes gleichermaßen angemessene Berücksichtigung finden können: Kommunale Denkmalpfleger respektieren den Wunsch der Eigentümerinnen und Eigentümer nach Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien. Die kommunalen Umweltressorts erkennen zunehmend, dass Eingriffe ins Denkmal durch Einzelfallprüfungen minimiert werden müssen.

Das 2010 durchgeführte Seminar zum Thema „Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Denkmal- und Stadtbildpflege“ hat jedoch auch gezeigt, dass gerade der Dialog zwischen Denkmal- und Umweltschützern vielerorts erst noch auf den Weg gebracht oder intensiviert werden muss. Auch bedarf es einer verbesserten Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unteren Denkmalbehörden und eines verstärkten denkmalbezogenen Problembewusstseins bei den Umweltressorts. Aufbereitung und Verbreitung guter Sanierungsbeispiele können diesen Prozess fördern.

Im Seminar werden u.a. folgende Themen aufgegriffen:

- Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen Fachleuten aus Denkmal- und Umweltschutz
- Kommunale Projekte der energetischen Sanierung von Baudenkmalern
- Controlling und Monitoring von energetischen Maßnahmen an Denkmälern
- Juristische Rahmenbedingungen

Das Seminar dient zudem gleichermaßen der kompetenten Vermittlung neuester bautechnischer Möglichkeiten wie der Intensivierung des Dialogs zwischen Denkmalschützern und Umweltschützern.

Zielgruppen: Ratsmitglieder, Führungs- und Fachpersonal aus den kommunalen Umwelt- und Planungsressorts sowie den Unteren Denkmalbehörden, Energiebeauftragte, kommunales Immobilienmanagement, Energie- und Klimaschutzberater/innen

Leitung: Dipl.-Ing. Vera Lorke, Dr.-Ing. Angela Uttke, Hauptreferent Raimund Bartella (DST)

Chancen und Reichweite von Ehrenamt zur Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur

Seminar

Das Thema Ehrenamt ist nicht neu, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung. So stehen angesichts abnehmender kommunaler Ressourcen städtische Infrastrukturen, Einrichtungen und Dienstleistungen immer häufiger auf dem „Prüfstand“ und sind von Schließung bzw. Einstellung bedroht. Eine Lösung ist oft der ehrenamtliche Weiterbetrieb. Auf diese Weise werden z.B. Schwimmbäder, (Stadtteil-)Bibliotheken und Begegnungsorte aufrecht erhalten oder sogar Nahversorgung und verkehrliche Anbindungen im eher peripheren Raum weiter gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund werden in dem Seminar praktische Erfahrungen mit der ehrenamtlichen Aufrechterhaltung kommunaler sozialer Infrastrukturen, Einrichtungen und Dienstleistungen ausgetauscht und anhand konkreter Fallbeispiele erörtert. Im Einzelnen werden unter anderem folgende Fragen aufgegriffen:

- Welche Infrastrukturen, Einrichtungen und Dienstleistungsangebote eignen sich für den Betrieb durch Ehrenamtliche, welche eher nicht?
- Was können und dürfen Ehrenamtliche leisten, und wo liegen die Grenzen des Ehrenamtes?
- Welche personellen und materiellen Leistungen müssen von der Kommunen (nach wie vor) aufrecht erhalten werden?
- Mit welchen organisatorischen Strukturen kann die Kommune Ehrenamt unterstützen?
- Welche rechtlichen und organisatorischen Fragen stellen sich beim ehrenamtlichen Betrieb von Infrastrukturen, Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten?

Zielgruppen: Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Jugend, Soziales, Bildung, Kultur, Umwelt, Gesundheit, Finanzen, Stadtteilmanagement, Bürgerschaftliches Engagement sowie Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Geogr. Thomas Franke,
Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Alternative Finanzierungs- und Beschaffungsformen

Seminar

Kommunen finanzieren ihre Investitionen aus eigenen Einnahmen, die ihnen aus Steuern und Abgaben direkt oder indirekt zufließen, aus Zuweisungen der Länder im Rahmen des Finanzausgleichs und durch die Aufnahme von Krediten. Diese Mittel lassen sich nicht beliebig ausweiten. In der letzten Wirtschaftskrise waren die Einnahmen und Zuweisungen meist sogar rückläufig, hat die Kreditaufnahme rapide zugenommen. Eine vorsichtige Erholung ist erst langsam erkennbar.

Damit die Kommunen ihren Aufgaben auch künftig gerecht werden können, müssen alternative Formen der Finanzierung konzipiert und eingesetzt werden. Neben der eigentlichen Finanzierung, z.B. mittels revolvingender Fondsmodelle oder der Nutzung von Bürgerkrediten, geht es dabei auch um neue Formen der Beschaffung, bei denen die Kommune die Aufgabenerledigung zwar sicherstellt, aber nicht zwangsläufig selbst wahrnimmt.

Vorteile solcher Modelle können in effizienteren Abläufen, der Nutzung von Know-how spezialisierter Anbieter und der schnelleren Verfügbarkeit von Leistungsangeboten liegen. Ebenso wichtig wie die positiven finanziellen Auswirkungen aus dem Einsatz alternativer Finanzierungs- und Beschaffungsinstrumente sind strategische Fortschritte etwa beim Umgang mit kommunalem Vermögen. Die im Seminar vorgestellten Instrumente sind deshalb über die finanzielle Perspektive hinaus wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Im Seminar werden folgende Fragen aufgegriffen:

- Welche alternativen Beschaffungs- und Finanzierungsmodelle gibt es?
- Welche Voraussetzungen müssen die Kommunen erfüllen?
- Welche Vor- und Nachteile haben die Modelle, und für welche Anwendungsfälle sind sie geeignet?
- Welche Erfahrungen gibt es in den Kommunen?
- Wer kann bei Auswahl und Anwendung im Bedarfsfall unterstützen?
- Welche Perspektiven zeichnen sich ab?

Zielgruppen: Dezernenten, Führungs- und Fachpersonal aus den zuständigen kommunalen Einrichtungen, aus Kammern und Verbänden sowie Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider,
Dr. Busso Grabow

Demografischer Wandel: Kommunale Handlungskonzepte in der Bewährung

Seminar

Seit fast zehn Jahren zählt der demografische Wandel zu den zentralen Themen der Kommunalpolitik. Ausgelöst durch Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und dramatische Zahlen zur Alterung der Bevölkerung, aber auch durch die starken Bevölkerungsverluste vor allem ostdeutscher Kommunen begannen viele Kommunen, sich intensiv mit dem Thema auseinander zu setzen. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, sind Fragen von Stadtentwicklung, Infrastrukturplanung und dem Sozialbereich ebenso einzubeziehen wie Aspekte der Wirtschaftsförderung oder die grundlegende Frage einer „demografiefesten“ Finanzplanung.

Ziel des Seminars ist es, die vielfältigen themenbezogen entwickelten Strategien und Handlungsansätze vorzustellen, gemeinsam zu diskutieren und Perspektiven für den weiteren Umgang mit dem demografischen Wandel zu entwickeln. Im Vordergrund stehen Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch.

Im Seminar werden folgende Fragen aufgegriffen:

- Zu welchen Handlungsfeldern liegen Konzepte vor? Gibt es Themen, die sich besonders zur Bearbeitung eignen?
- Welches sind die Vor- und Nachteile eines sektoralen oder integrierten Vorgehens? Worauf ist zu achten?
- Wie lässt sich kommunale Planung „demografiefest“ machen? Welche Instrumente gibt es?
- Wer ist in der Verwaltung zuständig? Sind neue Organisationsstrukturen erforderlich? Wie funktioniert die Kooperation in der Verwaltung?
- Welche Akteure sind in und außerhalb der Verwaltung einzubeziehen? Welche Rolle spielt die Politik, welche die Bürger?
- Am Schluss des Seminars soll ein Zwischenfazit stehen: Wo stehen die Arbeiten zum demografischen Wandel? Wie „erfolgreich“ waren sie bislang? Welche Perspektiven zeichnen sich ab?

Zielgruppen: Dezernenten, Führungs- und Fachpersonal aus den zuständigen kommunalen Einrichtungen, z.B. Stadtentwicklung, Stadtplanung, Soziales, Infrastrukturplanung, Kämmerei, Ratsmitglieder

Leitung: Dr. Beate Hollbach-Grömig,
Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Ältere Migranten in der Stadt – Handlungsfeld und Potenzial für Kommunen

Seminar

Die Zahl der älteren Menschen wird in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen. Unter ihnen findet sich ein wachsender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die nach dem Erwerbsleben nicht, wie früher oft angenommen, in ihr Heimatland zurückkehren, sondern weiter dauerhaft in Deutschland leben. Schätzungen gehen davon aus, dass die Zahl der über 60jährigen Migranten von heute einer Million bis 2030 auf ca. 2,8 Millionen ansteigen wird.

Obwohl der demografische Wandel, darunter auch der wachsende Anteil älterer Migranten an der Gesamtbevölkerung, seit Jahren ein Dauerthema ist, sehen sich viele Kommunen auf die Bedürfnisse älterer Migranten, aber auch die Möglichkeiten, die diese in unterschiedlichen Zusammenhängen eröffnen, oft nicht ausreichend vorbereitet. Zwar gibt es bereits erfolgreiche Initiativen und gezielte Angebote, von denen einige im Seminar vorgestellt werden, deren Zahl und Vielfalt reichen aber bei weitem noch nicht aus.

Thematisch sollte das kommunale Angebots- und Maßnahmenpektrum breit gefasst sein: von Bildungsangeboten über Vernetzung gesundheitlicher Versorgung (kultursensible Gesundheitspolitik und Altenhilfe), Förderung von Formen der Selbsthilfe, zu denen auch eigenständige Versorgungsstrukturen gehören, bis hin zur Befähigung zu einem stärkeren bürgerschaftlichen Engagement.

Die Herausforderungen, aber auch die Möglichkeiten, die den Kommunen durch ältere Migranten erwachsen, werden im Seminar diskutiert. Dabei wird nicht übersehen, dass ältere Migranten durchaus keine homogene Gruppe darstellen. Vielmehr sind die Unterschiede hinsichtlich sozioökonomischer Bedingungen, Bildungshintergründen, Gesundheitszustand, familiärer und sozialer Netzwerke zu berücksichtigen und als Chance zu begreifen.

Zielgruppen: Führungs- und Fachpersonal aus Kommunen in den Fachbereichen Integration, Soziales, Senioren, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Kultur, Gesundheit, Vertreter/innen von Seniorenbüros, Integrationsinitiativen sowie Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Sozialwiss. Antje Seidel-Schulze

16. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Kongress

Netzwerke zur Zusammenarbeit mit anderen Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie weiteren Akteuren nehmen vor allem angesichts der schwierigen Haushalts-situation in den Kommunen eine immer wichtigere Rolle ein. Dies gilt auch für den Bereich des kommunalen Energiemanagements, der in Netzwerke eingebunden und gemeinsam mit Kooperationspartnern – wie Nachbarstädten und -gemeinden, lokalen Energieversorgern, ortsansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie den Bürgerinnen und Bürgern – deutlich mehr erreichen kann.

Daher stehen „Aktionsbündnisse rund um das kommunale Energiemanagement“ im Mittelpunkt des Fachkongresses 2011. Beispiele zu Bündnissen, Partnerschaften und Netzwerken aus der kommunalen Praxis werden vorgestellt und diskutiert. Ziel ist es zu zeigen, wie Kommunen mithilfe strategischer Partnerschaften wirtschaftliche Aspekte sinnvoll mit energetischen Erfordernissen verbinden können. Neben der Vermittlung der Fortbildungsinhalte dient die Veranstaltung auch dem Erfahrungsaustausch.

Im Rahmen des Kongresses werden verschiedene Workshops zu folgenden Themenschwerpunkten angeboten:

- Aktionsbündnisse rund um das kommunale Energiemanagement,
- Energieeffizienz,
- Erneuerbare Energien,
- Energie im Gebäudemanagement,
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Veranstaltet wird der Kongress vom Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit der gastgebenden Stadt Goslar und dem Landkreis Goslar in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag.

Zielgruppen: Energiebeauftragte aus Städten, Gemeinden und Kreisen sowie aus kommunalen Unternehmen, Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Ing. Cornelia Rösler

Kennzahlen im neuen kommunalen Haushaltsrecht

Großer Wurf oder Muster ohne Wert?

Seminar

Die auf Kennzahlen gestützte Jahresabschlussanalyse verspricht erstmals Antworten darauf, ob mit der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik tatsächlich die Transparenz der Haushaltswirtschaft erhöht und die Steuerung finanzieller Ressourcen verbessert werden kann. Doch auch unabhängig von der Verabschiedung gesetzlicher Regelungen zum neuen kommunalen Haushaltsrecht sind Kennzahlen ein wichtiges Instrument der Verwaltungssteuerung. Sie liefern wichtige Informationen über den effizienten Ressourceneinsatz und geben frühzeitig Hinweise für die Einleitung von Korrekturmaßnahmen.

Dennoch erweist sich der Einsatz von Kennzahlen in der Praxis gerade in Bezug auf Aggregationsgrad, Messbarkeit, Vergleichbarkeit und Wirtschaftlichkeit keinesfalls als unproblematisch. Aufgrund der unvermindert großen Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte, der zunehmenden Nachfrage nach bürgerfreundlicheren kommunalen Dienstleistungen und nachhaltig wirksamen Politiklösungen sowie des auch die Kommunen verstärkenden Wettbewerbsdrucks ist der Einsatz leistungsfähiger Analyse- und Kontrollmechanismen jedoch unverzichtbar geworden.

Im Seminar soll daher eine kritische Auseinandersetzung unter anderem mit folgenden Fragen erfolgen:

- Wo ist der Einsatz von Kennzahlen sinnvoll, unverzichtbar oder problematisch, und welche kennzahlengestützten Steuerungsinstrumente und -prozesse haben sich bewährt?
- Welche Probleme treten bei der Anwendung von Kennzahlen auf, wie können sie gelöst werden?
- Wie hat die Anwendung von Kennzahlen die Arbeit der Rechnungsprüfungsämter, die Zusammenarbeit mit den Rechnungshöfen und kommunalpolitisches Handeln verändert, wo besteht weiterhin Anpassungsbedarf?

Zielgruppen: Mitglieder der Verwaltungsführung, Führungs- und Fachpersonal aus allen Ressorts, Kämereien, Steuerungsdiensten, Beteiligungsverwaltungen und Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Entscheidungsfragen bei der Organisationswahl kommunaler Leistungserbringung

Seminar

Die Form der kommunalen Leistungserbringung differenziert sich weiter aus. Die Situation ist dabei unübersichtlich. Einem Trend zur Rekommunalisierung im Bereich der Stadtwerke stehen Privatisierungsmaßnahmen in anderen Sektoren, etwa den kommunalen Krankenhäusern, gegenüber. In vielen Bereichen wird zudem seit langem mit privaten Dritten kooperiert.

Organisationspolitische Entscheidungen gehören einerseits seit jeher zu den bedeutendsten kommunalpolitischen Herausforderungen, sie sind andererseits gerade in Anbetracht der EU-Wettbewerbs- und Beihilfepolitiken, ihrer langfristigen Folgen für die Stadtentwicklung sowie größerer öffentlicher Aufmerksamkeit schwieriger denn je.

In der Veranstaltung werden unter anderem folgende Fragen erörtert:

- Von welchen Prämissen – insbesondere hinsichtlich langfristiger stadtentwicklungspolitischer Aspekte – sollten sich Kommunen bei der Organisationswahl leiten lassen?
- Wo verlaufen die rechtlichen Grenzen für die Organisationswahl?
- Welche Organisationsmodelle stehen zur Verfügung und haben sich bewährt?
- Wer sollte Leistungserbringer in welchen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge sein?
- Welche Phasen durchläuft der Entscheidungsprozess, und wie sollte die Entscheidungskaskade aufgebaut sein?
- Wer sollte an der Entscheidung zu welchem Zeitpunkt beteiligt werden?

Zielgruppen: (Ober-)Bürgermeister, Dezernenten, Führungs- und Fachpersonal aus Kämmergeien, Beteiligungsverwaltungen und städtischen Holdings, Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe, Ass. jur. Stefanie Hanke, LL.M.

Korruptionsprävention im Rathaus

Seminar

In der Öffentlichkeit werden derzeit vor allem die europa- und weltweiten Korruptionsskandale intensiv diskutiert. Dabei rückt ein wenig in den Hintergrund, dass auch in Deutschland die auf persönlichen Vorteilsnahmen basierenden Straftaten bei einer weiterhin hohen Dunkelziffer zunehmen. Erschreckend ist die Erkenntnis, dass sich Korruption in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens etabliert zu haben scheint. Betroffen sind privatwirtschaftliche Unternehmen, politische Entscheidungsträger aller Ebenen, immer häufiger die Zivilgesellschaft – und weiterhin die öffentliche Verwaltung.

Zwar sind in den vergangenen Jahren vielerorts intensive Anstrengungen zur Aufdeckung und Vermeidung von Korruptionsdelikten unternommen worden, doch zeichnen sich aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen für den öffentlichen Sektor ergänzend zu den unvermindert bestehenden Risiken neue potenzielle Gefahrenquellen ab. So wird durch die Initiativen zur Bewältigung des demographischen Wandels die Übernahme weiterer bislang öffentlicher Aufgaben durch die Bürgergesellschaft allein oder in Kooperation mit (privaten) Unternehmen an Bedeutung gewinnen, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass aus der erwünschten engen Kooperation Vermischungen oder bedenkliche Abhängigkeiten des Verwaltungshandelns erwachsen und die Schwelle zur Korruption überschritten wird.

Im Seminar sollen deshalb die aktuellen Erscheinungsformen der Korruption dargelegt und erörtert werden,

- welche Anforderungen an erfolgreiche übergreifende Konzepte der Korruptionsbekämpfung in den Kommunalverwaltungen zu stellen sind,
- wie bei der Bearbeitung von Korruptionsfällen vorzugehen ist und
- wie die Wirksamkeit kommunaler Antikorruptionsarbeit verbessert werden kann.

Zielgruppen: Verwaltungschefs, Anti-Korruptionsbeauftragte, Führungs- und Fachpersonal insbesondere aus den Bereichen Bauen, Soziales, Beschaffung und aus Rechnungsprüfungsämtern und Rechtsämtern sowie Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen. Wer sitzt am Steuer?

Gemeinsame Fachtagung von Difu und DST

Der Neuorganisation der Jobcenter ging ein langes Ringen zwischen Bund und Ländern um den Fortbestand der Mischverwaltung und die Ausweitung des kommunalen Optionsmodells voraus. Mit der Verfassungsänderung haben Bund und Länder das bestehende System zukunfts-fest verankert. Konstruktive Formen der Zusammenarbeit werden notwendig sein, um den Steuerungsinteressen beider Partner in den Jobcentern gerecht zu werden. Zielvereinbarungen, die Feststellung des Leistungsstandes und eine Leistungssteigerung durch Vergleiche und Lernprozesse werden künftig für alle Grundsicherungsstellen eingeführt.

Die Jobcenter haben ihre Geschäftstätigkeit bisher auch aufgrund der Möglichkeiten einer bundesweit zentralen Datenverarbeitung und konzentrierter Steuerungsimpulse der BA-Zentrale stärker auf deren Ziele ausgerichtet. Für die Kommunen stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln sie künftig Einfluss nehmen können. Angesichts der generellen Übertragungspflicht der kommunalen Aufgaben – einschließlich der flankierenden Eingliederungsleistungen – ist diese Steuerung auch im Hinblick auf die lokale Angebotsstruktur (z.B. der Kinder- und Jugendhilfe und der sozialen Beratungsleistungen) von Bedeutung.

Im Seminar werden folgende Fragen aufgegriffen:

- In welcher Form kann die Aufgabenwahrnehmung bei den kommunalen Eingliederungsleistungen sinnvoll auf die Jobcenter übertragen werden?
- Ist ein gesondertes Budget an sozialintegrativen Eingliederungsleistungen für die Jobcenter oder ein privilegierter Zugang zu den Leistungen ein Ersatz für eine förmliche Aufgabenübertragung?
- Welche Inhalte sind bei kommunalen Zielvereinbarungen mit den Jobcentern sinnvoll?
- Welche Vergleiche und Lernprozesse können hinsichtlich kommunaler Leistungen im SGB II angestoßen werden?

Zielgruppen: Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Soziales, Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung, Ratsmitglieder, Geschäftsführer von Jobcentern

Leitung: Dr. Gerd Kühn, Ass. jur. Regina Offer (DST)

41. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Erfahrungsaustausch in Zusammenarbeit mit der Stadt Gotha

Die Veranstaltungsserie „Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung“ wurde im Frühjahr 1973 als Reaktion auf die drängenden kommunalen Herausforderungen ins Leben gerufen. Der Erfahrungsaustausch steht allen Interessierten – selbstverständlich nicht nur aus den Kommunalverwaltungen – offen.

Der 41. Erfahrungsaustausch findet vom 11.–13. Mai 2011 in Gotha statt.

Stadterneuerung und Stadt(teil)entwicklung unterliegen hier Rahmenbedingungen, die – ähnlich wie in vielen ostdeutschen Mittel- und Kleinstädten – insbesondere vom demografischen Wandel und dem damit einhergehenden Veränderungsdruck auf dem Wohnungsmarkt geprägt sind. Unter dem Leitbild „Residenzstadt Gotha – Leben zwischen Grün und Kultur“ soll dem Bevölkerungsrückgang durch eine nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtumbau entgegengewirkt werden. Besonderes Augenmerk bei der Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts 2002 wird auf die Innen- und Innenstadtentwicklung gelegt.

Zu den Stadtentwicklungsthemen in Gotha gehören neben dem gebietsbezogenen Einsatz von Fördermitteln der Programme „Stadtumbau Ost“, „Soziale Stadt“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“ auch einige besondere Projekte, wie beispielsweise der Erhalt kommunaler Infrastruktur in innerstädtischen Lagen (Sanierung des Jugendstil-Stadtbads) im Rahmen der Städtebauförderung, die Entwicklung einer Bahnbrache zu einem Standort für Sport, Kultur und Freizeit sowie der Rückbau eines innenstadtnahen Stadtteils zu einem Grünzug im Rahmen des Stadtumbaus.

Zielgruppen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Stadterneuerung, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Sozialplanung und Stadtteilmanagement, Stadtentwicklung und Stadtplanung sowie aus Wohnungsbau-, Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaften

Leitung: Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss,
Dr.-Ing. Angela Uttke

Wohneigentumsbildung von Migranten: Ein Stabilisierungsfaktor in benachteiligten Wohnquartieren?

Seminar

Der politisch-planerische Ruf nach „Rezepten“ im Umgang mit Migrantenquartieren wird seit einigen Jahren unüberhörbar lauter. Ein besonderes Problem stellt sich angesichts der Überlappung ethnischer und sozialer Segregation. Gleichzeitig weisen aktuelle Forschungen auf die sich ausdifferenzierenden Lebenslagen und Wohnumilieus innerhalb der Gruppe der in Deutschland lebenden Migranten hin. Hinweise finden sich auf unterschiedliche Präferenzen, Restriktionen und entsprechende Wohnstandortentscheidungen von Migranten.

Die Wohneigentumsbildung ist eine wichtige Komponente im Abwägungsprozess zur Wohnstandortwahl und der räumlichen Mobilität von Haushalten und gilt als möglicher Stabilisierungsfaktor insbesondere für benachteiligte Stadtteile. Auch ist die Bildung von Wohneigentum ein wichtiger Bestandteil der privaten Altersvorsorge. Bisher liegen allerdings wenige empirische Untersuchungen vor, die die soziale und räumliche Mobilität von Migranten im Kontext ihrer Wohneigentumsbildung genauer beleuchten.

Das Seminar dient der Information und Diskussion über den Stand des Umgangs der Kommunen mit der Wohneigentumsbildung von Migranten im Stadtquartier sowie einer Reflektion von Strategien, Instrumenten und Handlungsbedarfe. Im Seminar sollen insbesondere folgende Fragen diskutiert werden:

- Lassen sich räumliche Konzentrationsprozesse der Wohneigentumsbildung von Migranten nachweisen?
- Von welchen Charakteristika sind Quartiere gekennzeichnet, in denen sich Prozesse der Wohneigentumsbildung von Migranten abzeichnen?
- Wie verlaufen die Prozesse der Wohneigentumsbildung von Migranten? Unterscheiden sie sich nach Quartierstypus und politisch-planerischem Umgang mit Wohneigentumsbildung?
- Lassen sich Stabilisierungsprozesse für ethnisch und sozial segregierte Gebiete durch die Wohneigentumsbildung von Migranten nachweisen?

Zielgruppen: Führungs- und Fachpersonal aus den Fachbereichen Wohnen, Stadtentwicklung, Bauen, Integration, Soziales, Ratsmitglieder, Vertreter/innen der Wohnungswirtschaft

Leitung: Dipl.-Geogr. Gregor Jekel, Dr. Bettina Reimann

Friedhofs- und Bestattungswesen als kommunale Aufgabe

Seminar

Die aktuellen demografischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen wirken sich zunehmend auch auf das Friedhofs- und Bestattungswesen aus. So haben die Entwicklung der Friedhofsgebühren, die Einführung der Vollkostenrechnung für kommunale Leistungen, die Streichung des Sterbegeldes und das zunehmende Preisbewusstsein der Angehörigen unter anderem zur Zunahme von Feuerbestattungen und zur vermehrten Wahrnehmung ausländischer Bestattungsangebote geführt. Das Bestattungsverhalten differenziert sich deutlich aus. Bestattungsangebote wie Friedwälder und thematisch ausgewiesene Grabfelder machen den Angeboten städtischer und kirchlicher Friedhöfe Konkurrenz. Auch der wachsende Anteil der Bevölkerung mit islamischer Religionszugehörigkeit erfordert spezielle Angebote.

Die Friedhofsentwicklung steht damit vor komplexen Herausforderungen. Die Angebotsstruktur muss weiterentwickelt werden. Flächenüberhänge sind abzubauen und einer Nachnutzung zuzuführen. Die Entwicklung der Kosten und Beiträge muss dabei genauso berücksichtigt werden wie kulturelle, ökologische und soziale Funktionen von Friedhöfen.

Im Seminar soll daher unter anderem erörtert werden,

- wie die komplexen Anforderungen im Rahmen der Friedhofsentwicklung koordiniert werden können,
- wie der Prozess der Friedhofsentwicklungsplanung gestaltet werden kann (Einbindung wichtiger Akteure, Kooperationen etc.),
- wie Friedhofsüberhangflächen auch aus stadtplanerischer Sicht genutzt werden können,
- wie sich die wirtschaftlichen Veränderungen auf die Finanzierung des Friedhofs- und Bestattungswesens auswirken.

Zielgruppen: Fach- und Führungskräfte aus den Bereichen Stadtentwicklung, Stadtplanung, Finanzen, Liegenschaften, Soziales, Grün- und Freiraumplanung, Umwelt, Friedhofsverwaltungen sowie Ratsmitglieder und Vertreter/innen der Kirchen

Leitung: Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Urbane Landwirtschaft

Ein Beitrag zur zukunftsfähigen Stadt(entwicklung)?

Seminar

Nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtumbau greifen ebenso wie innovative Landnutzungskonzepte und Ansätze zum Umgang mit dem Klimawandel das Stichwort „Urbane Landwirtschaft“ auf. Urbane Agrarflächen sollen einen Beitrag zur Stärkung ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit und zur dezentralen Energieversorgung leisten. Sie befördern Klimaschutz, gesunde Ernährung, kostengünstige Bewirtschaftung städtischer Freiflächen und Brachen.

Gleichzeitig bietet Urbane Landwirtschaft Raum für neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, auch von sozial benachteiligten Menschen. Brachen werden entmüllt und bepflanzt, praktische Lernorte für Kinder und neue Impulse für Kulturen des Miteinanders geschaffen; Stadtteile gewinnen an Lebensqualität. Neben Interkulturellen Gärten lassen Nachbarschaftsgärten, Selbstversorgerprojekte oder Kinderbauernhöfe mitten in der Stadt grüne Oasen und neue Sichtweisen auf Urbanität entstehen.

Den unterschiedlichen Ansätzen ist eines gemeinsam: die neue und doch so alte Nutzung städtischer Frei- und Brachflächen durch landwirtschaftliche Produktion. Urbane Landwirtschaft kann somit wesentliche Impulse für die Stadtentwicklung setzen. Dies klingt oft noch wie eine Provokation und dringt erst langsam (wieder) ins Bewusstsein von Planung, Wissenschaft, Bevölkerung und der Landwirtschaft selbst.

Im Seminar werden insbesondere folgende Fragen diskutiert:

- Urbane Landwirtschaft: neuer Trend, Nische oder Lösung für zahlreiche Probleme?
- Ist Urbane Landwirtschaft ein innovatives Instrument, und welche Bedeutung und Potenziale hat sie für eine nachhaltige Stadtentwicklung?
- Welche Akteure sind an Urbaner Landwirtschaft beteiligt?
- Welche Hindernisse stehen den Projekten im Weg?

Zielgruppen: Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Stadtentwicklung und Stadtplanung, Grün- und Freiraumplanung, Umwelt sowie Ratsmitglieder und Vertreter/innen aus Planungsbüros

Leitung: Dr. Stephanie Bock, Dipl.-Ing. Christa Böhme

Elektroverkehr

Chancen und Risiken für den Stadtverkehr

Seminar

Elektromobilität gilt in jüngster Zeit als Hoffnungsträger für den Verkehr, insbesondere in Städten und Ballungsräumen. Vor dem Hintergrund sich wandelnder und steigender Anforderungen (u.a. steigende Mobilitätskosten, Umwelt- und Klimaschutzziele) muss Verkehr nicht nur umweltgerechter und flächen- und ressourcenschonender, sondern auch sicherer und leiser werden. Dies trifft auf die Realität einer Entwicklung zu stärker multimodalem Verhalten.

Hier soll Elektroverkehr, verstanden als elektrisch betriebener Individualverkehr (Pkw, Pedelecs, E-Bikes etc.), eine Lösung bieten. Unter der Überschrift „Leitmarkt Elektromobilität“ werden dabei von Regierung, Industrieunternehmen und Medien batteriebetriebene Fahrzeuge favorisiert, die aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Zu deren erfolgreicher Einführung bedarf es gerade in den Städten neuer Infrastrukturen aus Stromnetz, Ladestationen und Stellplätzen.

Dabei sind bislang viele Fragen noch unbeantwortet:

- Welche Rolle spielen kommunale Versorgungsunternehmen in Hinblick auf die Ladestationen und Versorgungsnetze?
- Wie soll die Integration der Ladestationen im öffentlichen Straßenraum funktional und gestalterisch aussehen?
- Welche bau- und straßenrechtlichen Fragen sind dabei zu berücksichtigen?
- sollen Elektrofahrzeuge im Straßenverkehr privilegiert werden, z.B. durch Sonderstellplätze und -fahrstreifen?
- Wie kann der Elektroverkehr in städtische und regionale Gesamtverkehrskonzepte und -angebote eingebunden werden? etc.

Neben den rechtlichen und planerischen Aspekten sollen die Chancen und Potenziale sowie die Risiken und Schwierigkeiten für einen zukunftsfähigen Individualverkehr erörtert werden.

Zielgruppen: Verwaltungschefs, Ratsmitglieder, Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Verkehr und Stadtentwicklung

Leitung: Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Ass. jur. Stefanie Hanke, LL.M., Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß

Ausgaben- und Aufgabenverantwortung in einer Hand

Handlungsspielräume der Aufgabenträger im ÖPNV

Seminar

Seit fünfzehn Jahren liegt die gesetzliche Verantwortung für den ÖPNV bei den Aufgabenträgern. In den verschiedenen Bundesländern und Städten haben sich unterschiedliche Praktiken entwickelt, die Aufgabe auszuführen. Um ihre Aufgabe effizient wahrzunehmen, benötigen die Aufgabenträger die entsprechenden Steuerungsinstrumente. Zu nennen sind hier beispielsweise die Leistungsbeschreibung und Finanzierung. Vor dem Hintergrund der Föderalismusreform und Änderungen im Landesrecht findet gegenwärtig in einigen Bundesländern eine Konzentration der ÖPNV-Finanzmittel bei den Aufgabenträgern statt. Eine solche Bündelung schafft Gestaltungsmöglichkeiten für ein attraktives ÖPNV-Angebot. Bei ihren Handlungen stehen die Aufgabenträger im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen im Bereich von Politik und Verkehrsunternehmen.

Ein wesentliches Thema des Seminars sind die Handlungsprobleme der neuen Rechtslage. Aktuell läuft der Entscheidungsprozess zu den aus der EU-Verordnung 1370 resultierenden Anpassungen des Vergabe- und Genehmigungswegs sowie eine daraus folgende Novellierung des PBefG. Dabei geht es um die Aufgabenteilung zwischen Verkehrsbetrieb und Aufgabenträger, Organisations- und Steuerungsmodelle, den Nahverkehrsplan und das Spannungsfeld zwischen Aufgabenträgerschaft und Beteiligungssteuerung.

In der Veranstaltung sollen unter anderem folgende Fragestellungen erörtert werden:

- Welche unterschiedlichen Praktiken sind in der Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft erkennbar?
- Wie wird der Nahverkehrsplan entwickelt?
- Inwieweit hat sich die Institution Aufgabenträger im Hinblick auf die Herausforderungen des ÖPNV bewährt?
- Was ist „Best Practice“ und in welchen Bereichen gibt es generellen Nachbesserungsbedarf?

Zielgruppen: Verwaltungschefs, Ratsmitglieder, Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt

Leitung: Dr. Jürgen Gies, Dipl.-Volksw. Tilman Bracher

Städtebaurecht aktuell – Neue umweltbezogene Anforderungen?

Fachtagung

In der Fachtagung „Städtebaurecht aktuell“ werden im jährlichen Turnus aktuelle Fragen des Städtebaurechts vor dem Hintergrund neuer städtebaulicher Aufgabenstellungen und geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen aufgegriffen. Im Jahr 2011 liegt der Schwerpunkt auf den umweltschutzbezogenen Anforderungen bei der Umsetzung städtebaulicher Projekte. Dabei sollen unter anderen folgende Themen näher betrachtet werden:

- Bindungen und Gestaltungsmöglichkeiten des Artenschutzes bei der Bauleitplanung,
- Neuerungen des Bundesnaturschutzgesetzes 2010,
- Bauleitplanung und Umwelthaftung,
- Planung komplexer Industrievorhaben insbesondere hinsichtlich der Gefahr schwerer Unfälle,
- Luftreinhalterecht.

Diese Themen werden angesichts der gebotenen Innenentwicklung der Städte im Alltag der Bau- und Planungsämter immer wichtiger. Zudem ergeben sich neue Anforderungen aus der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens. In bewährter Form werden Praxisbezug und rechtliche Kompetenzen in der Veranstaltung zusammengeführt mit dem Ziel, praktikable und rechtssichere Lösungswege aufzuzeigen.

Wie üblich wird auch ein Überblick über die aktuelle Rechtsprechung insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts gegeben. Zudem wird über den Stand der Überlegungen zur Änderung des BauGB und der BauNVO berichtet.

Zielgruppen: Führungs- und Fachkräfte aus den Bereichen Stadtplanung und Stadtentwicklung, Recht, Umwelt, Genehmigungs- und Fachbehörden; Ratsmitglieder; Planungsbüros, Rechtsanwälte im Bereich der Kommunalberatung

Leitung: PD Dr. Arno Bunzel

Kommunale Wirtschaftsförderung: Erfolgreiche Bestandssicherung und -entwicklung!

Seminar

Betreuung und Unterstützung der örtlichen Unternehmen gehören zu den klassischen Handlungsfeldern kommunaler Wirtschaftsförderung. Im Unterschied zu Aktivitäten des Standortmarketings erfolgen sie oft im Hintergrund und – abgesehen von krisenhaften Zuspitzungen wie drohenden Standortschließungen – meist außerhalb der politischen Wahrnehmung. Angesichts des anhaltenden ökonomischen und technologischen Wandels, aber auch der Internationalisierung von Wirtschaftsbeziehungen ergeben sich laufend neue Anforderungen an Bestandssicherung und -entwicklung. Dabei steht der Beitrag der Kommune zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen und Branchen im Vordergrund.

Enge Kommunikation mit den ansässigen Firmen etwa im Rahmen von Unternehmensbesuchen, geeigneten Veranstaltungsformaten und Unternehmensbefragungen ist unerlässlich, um betriebs- und standortbezogene Bedarfe und Potenziale zu identifizieren und zu bearbeiten. Zu einer proaktiven Bestandsentwicklung gehört es darüber hinaus, branchen- und standortbezogene Vernetzungen etwa über Clusterinitiativen oder Standortgemeinschaften zu unterstützen. Verwaltungsseitig müssen dafür geeignete Strategien entwickelt sowie effektive Strukturen, Prozesse und Maßnahmenbündel definiert werden.

Im Seminar werden folgende Fragen aufgegriffen:

- Wie lässt sich die Betreuung der örtlichen Unternehmen erfolgreich organisieren?
- Standortsicherung: Was tun, wenn die Betriebsschließung droht?
- Datenfriedhöfe oder Frühwarnsysteme? – Der Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologie
- „One size fits all?“ Welche Anforderungen haben einzelne Zielgruppen?
- Welchen Handlungsbedarf erfordern Unternehmen mit ausländischen Eigentümern?
- Wie gelingt die Einbindung von Unternehmen in Netzwerke zur Standortentwicklung?

Zielgruppen: Dezernenten, Führungs- und Fachpersonal aus den zuständigen kommunalen Einrichtungen, aus Kammern und Verbänden sowie Ratsmitglieder

Leitung: Dipl.-Verw.Wiss. Daniel Zwicker-Schwarm, Dr. Gerd Kühn

2. Halbjahr

des Jahresprogramms 2011 der Difu-Fortbildung

Kommunale Anpassungsstrategien an den Klimawandel

Fachtagung, 2. Halbjahr 2011 in Köln

Die Anpassungsstrategien, die in den letzten Jahren auf Bundes- und zum Teil auch auf Länderebene beschlossen wurden, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung über die Folgen des Klimawandels und zur Entwicklung von geeigneten Handlungsoptionen und Maßnahmen. Um Klimaanpassungsmaßnahmen in den Kommunen erfolgreich durch- und umzusetzen, müssen darüber hinaus unterschiedliche Rahmenbedingungen vor Ort sowie eine Vielzahl von Konkurrenzen und Interessenkonflikten berücksichtigt werden. Im Rahmen der Fachtagung sollen kommunale Strategien, Instrumente und Maßnahmen zur Erreichung eines möglichst optimalen Stadtklimas und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vorgestellt und diskutiert werden.

Leitung: Dipl.-Ing. Cornelia Rösler, Dipl.-Ing. Vera Lorke

Novelliertes Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz: Auswirkungen auf kommunale Tätigkeitsfelder

Fachtagung, 2. Halbjahr 2011 in Köln

Mit der aktuellen Novellierung des KrW-/AbfG werden die Anforderungen der europäischen Abfallrahmenrichtlinie (2008/98/EG) in deutsches Recht umgesetzt. Eine stärkere Ausrichtung der Kreislaufwirtschaft auf den Ressourcen-, Klima- und Umweltschutz ist abzusehen. Neben neuen Begriffsbestimmungen wird unter anderem eine fünfstufige Abfallhierarchie eingeführt und eine Verbesserung der Ressourceneffizienz durch verstärkte Anforderungen an das Recycling forciert.

Im Rahmen der Fachtagung werden wesentliche Modifizierungen des novellierten KrW-/AbfG und die damit verbundenen Auswirkungen auf die kommunalen Tätigkeitsfelder diskutiert. Vorhandene Ansätze und erste Erfahrungen werden ebenso angesprochen wie zukünftige kommunale Lösungsmöglichkeiten.

Leitung: Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Städte und Gemeinden entwickeln eigene Klimastrategien und definieren klare Klimaschutzziele. Zur Sicherung der städtischen Lebensqualität gilt es, die auf EU-Ebene verankerten Schadstoffgrenzwerte einzuhalten, zugleich darf der Verkehrslärm die Gesundheit der Bewohner nicht beeinträchtigen und soll der Verkehr möglichst überhaupt nicht „stören“.

Im Seminar werden die Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene sondiert und die Rolle des Verkehrssektors bei der Reduzierung von Treibhausgasen beleuchtet. Es wird dargestellt, welche Instrumente zur CO₂-Optimierung im Mobilitätsbereich geeignet sind und wie diese mit Lärminderungsplanung und Luftreinhaltung, Unterhaltungsaufwand und Kosteneffizienz zusammenwirken.

Ausgehend vom aktuellen Stand der Klimaforschung wird das Seminar detailliert folgende Fragen aufgreifen:

- Kann der Verkehr durch eine effiziente Siedlungsentwicklung und Nutzungsmischung bereits an der Quelle verringert werden? Wie lassen sich die CO₂-Emissionen von Siedlungsvorhaben abschätzen? Wie kann man durch Zusammenwirken von Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung die Effizienz von Maßnahmen erhöhen?
- Wo sind die Synergien zwischen Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lärminderung?
- Wie müssen Klimaschutzstrategien im Verkehrsbereich angelegt sein, damit ein angemessener Ausgleich zwischen Klimaschutz und Verkehrsanforderungen erreicht wird? Welchen Beitrag können die einzelnen Verkehrsträger zur Verringerung von Treibhausgasen leisten?
- Wie kann die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen durch Kommunikation erhöht werden? Welche Instrumente sind geeignet, das Verhalten im Sinne einer anderen Verkehrsmittelnutzung zu beeinflussen?

Leitung: Dipl.-Volksw. Tilman Bracher, Dr. Jürgen Gies

Beteiligungsmanagement und Corporate Governance

Konzepte – Erfahrungen – Perspektiven

Seminar, 15.–16. September 2011 in Berlin

Die kommunale Beteiligungssteuerung hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Ursächlich hierfür sind zum einen europäische Regelungen des Beihilferechts, zum anderen die vermehrte Beachtung der politischen Dimension von Beteiligungen. Die Debatte über adäquate Steuerungsformen wird zudem von der Frage geprägt, ob es einer Public Corporate Governance bedarf. Im Seminar werden mindestens vier Dimensionen des Beteiligungsmanagements näher betrachtet: Anspruchsgruppen, Zweckbestimmung, der Grad der Formalisierung von Steuerungsbeziehungen sowie der erforderliche Prozess der Umsetzung und Verbesserung.

Leitung: Dipl. Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe, Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Gender Mainstreaming in der kommunalen Praxis

Seminar, 26.–27. September 2011 in Berlin

Blickt man auf die vergangenen Jahrzehnte zurück, sind in der Gleichstellungspolitik beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Dennoch bestehen Diskriminierungen auf Grundlage des Geschlechts in etlichen Bereichen fort. Auch die öffentliche Diskussion um Gender Mainstreaming ist ruhiger geworden. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass Gender Mainstreaming in den Kommunen von der Agenda verschwunden ist. Ganz Im Gegenteil: Viele Kommunen beginnen gerade mit der Umsetzung, andere überführen derzeit ihre Erfahrungen aus Modellvorhaben in die Regelpraxis der Verwaltung, eine dritte Gruppe konnte mittlerweile passgenaue Gender-Mainstreaming-Verfahren einführen. Einen wesentlichen Bestandteil dieser Ansätze bildet Gender-Budgeting. Mit diesem Instrument sollen die kommunalen Finanzen auf geschlechtsspezifische Effekte hin überprüft und gleichstellungsorientiert (um)gestaltet werden.

Im Seminar sollen aktuelle Ansätze, Umsetzungserfahrungen, Erfolge und Schwierigkeiten anhand ausgewählter kommunaler Beispiele reflektiert und diskutiert werden.

Leitung: Dr. Stephanie Bock, Dipl.-Geogr. Gregor Jekel

Bilanzpolitik und Bilanzanalyse im neuen kommunalen Rechnungswesen

Seminar, 29.–30. September 2011 in Berlin

Mit der Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens ist den Kommunen auch eine Vielzahl bilanzpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt worden. Neben der beabsichtigten Wirkung in Ergebnisrechnung und Bilanz kann deren Anwendung jedoch häufig auch indirekte oder nicht erwünschte Auswirkungen etwa bei der Vermögensbewertung haben. Dies wiederum beeinflusst das Ergebnis der auf den Daten des Abschlusses beruhenden Bilanzanalyse.

Die Beurteilung der finanziellen Lage der Kommune und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung würde auf dieser Grundlage zu falschen Schlüssen führen. Im Seminar werden daher neben der Bedeutung bilanzpolitischer Ziele und der Auswahl geeigneter bilanzpolitischer Instrumente und ihrer Wirkungen auch die Fallstricke unterschiedlicher Analyseverfahren sowie die Rolle der Prüfungsinstanzen und Kommunalaufsichtsbehörden erörtert.

Leitung: Dipl.-Volksw. Rüdiger Knipp,
Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider

Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor: Handlungsfelder, Trends und Perspektiven

Seminar, 17.–18. Oktober 2011 in Berlin

Der Städtetourismus zählt seit einigen Jahren zu den dynamischsten Segmenten des Tourismussektors. Vor allem Großstädte, aber auch mittlere Städte konnten wachsende Besucherzahlen verzeichnen. Der Städtetourismus trägt damit in vielen Städten zunehmend zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Positiv wirkt sich dabei vor allem der Trend zu Kurz- und Tagesreisen und Zweit- und Drittreisen aus. Aber auch der damit oftmals verbundene Eventtourismus, sowohl im Kulturbereich, als auch im Shopping-Tourismus, unterstützen die Entwicklung. Vor allem in größeren Städten wird die Entwicklung zudem durch die Angebote der sogenannten Billigflieger begünstigt. Nach einem deutlichen Einbruch infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise erlebt der Städtetourismus nun wieder einen neuen Boom.

Geht diese Entwicklung so weiter? Wohin gehen die Trends? Welche Angebote haben Zukunftspotenzial und ermöglichen Städten ein Alleinstellungsmerkmal? Wie lässt sich Städtetourismus nachhaltig gestalten? Dazu sollen in der Veranstaltung Beispiele und Erfahrungen vorgestellt und Perspektiven diskutiert werden.

Leitung: Dr. Beate Hollbach-Grömig

Energieeffizienz, Ressourceneffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in der Stadt – Handlungsoptionen, Umsetzungsschritte und Beispiele für CO₂-arme Versorgungsstrukturen

Seminar, 20.–21. Oktober 2011 in Berlin

Die künftige städtische Energieversorgung und damit die Planung von Infrastruktur werden insbesondere durch einen veränderten energiepolitischen Rahmen sowie das Erfordernis von Klimaanpassungsstrategien determiniert. Um entsprechende Versorgungsstrukturen entwickeln zu können, bedarf es besonders einer engen Abstimmung von Stadtentwicklung, Stadtplanung und Infrastrukturplanung. Im Seminar werden vor allem Aspekte der energetischen Sanierung und der künftigen Wärmeversorgung diskutiert. Geprüft wird, welche Quartiere künftig welche Energiebedarfe und welche Versorgungsstrukturen aufweisen werden. Geeignete Bilanzräume werden identifiziert. Die aus Perspektive von Stadtplanung, Versorgungswirtschaft und Wohnungswirtschaft bedeutsamsten Potenziale der energetischen Sanierung werden ermittelt. Dabei geht es auch um die Schnittstellen zwischen Energie, Wasser/Abwasser und Abfall. In der Veranstaltung werden Anregungen zur Entwicklung abgestimmter Konzepte für die zentrale und dezentrale Wärmeversorgung gegeben und entsprechende Instrumente und Fördermöglichkeiten vorgestellt.

Leitung: Dipl. Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe, Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln

Weiterentwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke

Seminar, 27.–28. Oktober 2011 in Berlin

Seit 2008 führt das Difu in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag Veranstaltungen zum Dachthema „Kommunale Bildungslandschaft“ durch. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven für die Weiterentwicklung kommunaler Bildungsangebote und den Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements im Sinne einer vernetzten Zusammenarbeit der Bildungsakteure vor Ort aufzuzeigen. Nach den Veranstaltungen zu den Themenfeldern „Schule und Arbeitswelt“ (2009) und „Inklusion“ (2010) ist für 2011 die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen (Kitas) und Schulen als thematischer Schwerpunkt vorgesehen. Dabei steht insbesondere der Übergang von der Kita in die Schule und die erfolgreiche Gestaltung dieser ersten Bildungsphase im Mittelpunkt.

Leitung: Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp, Beigeordneter Klaus Hebborn (DST)

Indikatoren, Benchmarks, Städterankings – Zahlenspielerei oder Grundlage informierter Stadtpolitik?

Seminar, 3.–4. November 2011 in Berlin

Aus unterschiedlicher Perspektive gewinnen in den letzten Jahren indikatorengestützte Formen des Monitoring, des Städtevergleichs oder von kommunalen Benchmarks immer mehr an Bedeutung. Kommunalpolitik und -verwaltung versuchen, im Sinne einer strategischen Steuerung und Weiterentwicklung die vorhandenen Datenbanken stärker zu nutzen und sich selbst mit anderen Städten und Gemeinden zu vergleichen. Die Weiterentwicklung des Urban Audit steht als Beispiel für die Bestrebungen der Europäischen Union, auch im europäischen Zusammenhang zu einer besser informierten Regionalpolitik zu kommen. Schließlich gibt es verschiedene Interessengruppen und Institutionen, die versuchen, mithilfe von Städterankings bestimmte aktuelle politische Argumentationen zu stützen. Im Seminar wird diskutiert, wo die Möglichkeiten und Grenzen einer indikatorengestützten vergleichenden Stadtpolitik liegen, wie Städterankings und der Umgang mit Indikatorensets aus methodischer Perspektive zu beurteilen sind, wie man sich mit den Ergebnissen von Städterankings auseinandersetzen sollte.

Leitung: Dr. Busso Grabow,
Dipl.-Sozialwiss. Antje Seidel-Schulze

„Die Geister, die ich rief“: Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe

Seminar, 10.–11. November 2011 in Berlin

Bürgerbeteiligung und Partizipation sind Kernelemente eines modernen Politikverständnisses und Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Gestaltung von Lebenswelten. Auch Stadtentwicklung wird so zunehmend zu einer bürgerschaftlichen Aufgabe, die von den Kommunen gezielt gefördert wird. Von einer verstärkten Öffentlichkeitsbeteiligung versprechen sich die Kommunen vielfachen Nutzen: höhere Akzeptanz von Entscheidungen, ausgewogene Lösungen, verbesserte Qualität der Leistungen und Projekte, weniger Konflikte und mehr Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Lebensumfeld. Werden diese Erwartungen eingelöst, oder verursacht die Anforderung von mehr Partizipation in der Stadtentwicklung gar neue Probleme? Im Seminar wird den Herausforderungen, dem Nutzen, den Kosten und den Grenzen von Partizipation in der Stadtentwicklung anhand von Fallbeispielen zur Erarbeitung von Stadtentwicklungsplänen

sowie zur Entwicklung und Umsetzung größerer Stadtentwicklungsprojekte nachgegangen. Hierbei wird berücksichtigt, dass Partizipationsprozesse je nach Perspektive der beteiligten Akteure (Verwaltung, Bürger/innen, andere Zielgruppen, Projektträger) ganz unterschiedlich bewertet werden können.

Leitung: Dipl.-Ing. Christa Böhme, Dr. Bettina Reimann

Monitoring und Evaluation in der Sozialen Stadt

Seminar, 17.–18. November 2011 in Berlin

Seit gut zehn Jahren werden in benachteiligten Quartieren Strategien und Maßnahmen der integrativen Stadtentwicklung im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ umgesetzt.

Die Notwendigkeit, diese Quartiere in gesamtstädtische oder sogar regionale Entwicklungen einzubetten, wird dabei ebenso betont wie das Programmziel, in Soziale-Stadt-Gebieten „selbsttragende Strukturen“ zu erreichen. Beides fließt unter anderem in Überlegungen zur Verstärkung des bisher Erreichten ein – durchaus in Verbindung mit der Frage nach der Funktion der betroffenen Quartiere für die Gesamtstadt.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des Prinzips einer degressiven Förderung (der Sozialen Stadt) stellt sich zunehmend die Frage, wie Entwicklungen von und in benachteiligten Stadtteilen gemessen, bewertet und mit den Entwicklungen anderer (Teil-)Räume verglichen werden können bzw. welche Handlungserfordernisse sich daraus „belastbar“ ableiten lassen. Dafür bilden quantitativ basierte Monitoringsysteme und (qualitative) Evaluationen geeignete Instrumente.

Im Seminar sollen Erfahrungen mit Monitoring und Evaluation in der Sozialen Stadt anhand von Fallbeispielen ausgetauscht sowie Chancen und Reichweite dieser Ansätze diskutiert werden.

Leitung: Dipl.-Geogr. Thomas Franke,
Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

„No-Go-Areas“, Kriminalitätsschwerpunkte und Inseln der Sicherheit – Was macht Räume in der Stadt zu sicheren oder unsicheren Orten?

Seminar, 24.–25. November 2011 in Berlin

Von den Bürgern und in den Medien werden unterschiedliche Räume in der Stadt als sichere oder unsichere Orte wahrgenommen. Tatsächliche und „gefühlte“ Sicherheit unterscheiden sich dabei z.T erheblich voneinander.

Die städtischen Akteure müssen aber sowohl mit der tatsächlichen Lage wie mit den Ängsten der Bürger umgehen. Wie kann dies gelingen? Welche Prioritäten müssen gesetzt werden? Wie werden Räume zu unsicheren Orten? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen auf kommunaler Seite sichere Orte zu schaffen? Das Seminar zeigt Lösungsansätze und Praxisbeispiele.

Leitung: Dr. Holger Floeting

Kommunalrelevante Neuerungen des Vergaberechts

Seminar, 1.–2. Dezember 2011 in Berlin

Die Beachtung vergaberechtlicher Vorgaben ist ein kommunales Dauerthema. Das Vergaberecht stellt ein Rechtsgebiet dar, das nicht nur aufgrund europarechtlicher Einflüsse eine besondere Dynamik aufweist: Die rechtlichen Grundlagen sowie die Rechtsprechung unterliegen einem ständigen Wandel. Hiervon sind insbesondere die Kommunen betroffen, die in vielfältiger Weise „am Markt beschaffen“. Nachdem mit Inkrafttreten der Vergabeverordnung im Juni 2010 die Vergaberechtsreform 2009 ihren Abschluss gefunden hat, soll laut Koalitionsvertrag bis Ende 2010 der Entwurf eines abermals reformierten Vergaberechts vorgelegt werden, der unter anderem auf mehr Transparenz und Rechtsschutz im Unterschwellenbereich abzielt.

Das Seminar setzt sich das Ziel, aktuelle kommunalrelevante Problemfälle des Vergaberechts mit erfahrenen Vergaberechtsexperten zu diskutieren und zu klären. Gegenstand sind dabei die Erfahrungen mit der letzten Reform, die seither getroffenen zentralen Entscheidungen von Vergabekammern und Gerichten sowie der Ausblick auf anstehende Reformen.

Leitung: Ass. jur. Stefanie Hanke, LL.M.,
Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

„Stadt quo vadis? – Stadt ohne Geld?“

Bürgermeisterseminar, 8.–9. Dezember 2011 in Berlin
(voraussichtlicher Termin)

Das Spannungsfeld zwischen finanziellen Erfordernissen und finanzieller Leistungskraft der Städte und Gemeinden wird nicht geringer, sondern nimmt eher zu.

Auf der einen Seite stehen Investitionserfordernisse in neue Infrastrukturen wie Kindergärten, Schulen usw., Erhaltungs- und Erneuerungserfordernisse der vorhandenen Infrastrukturen, aber auch steigende Aufgaben der Bewältigung sozialer, altersstruktureller oder auch ethnischer Spannungen sowie Erfordernisse der Wirtschaftsförderung. Auf der anderen Seite stehen sinkende Steuereinnahmen mit einer Gefährdung der Gewerbesteuer, Überschuldungen der Städte, extrem gestiegene Kassenkredite wie auch steigende „soziale Lasten“ (Arbeitsförderung, Kosten der Unterkunft, Sozialhilfe, Kinderbetreuung, Jugendhilfe usw.).

In dieser Situation scheinen nur grundsätzlich neue Lösungsansätze weiterführend. Dabei ist zu prüfen:

- Wie können wir das „Gleichwertigkeitspostulat“ der Lebensverhältnisse in unseren Städten und Regionen aufrecht erhalten?
- Welche Gefährdungen der sozialen Stabilität können entstehen?
- Welche Erfordernisse und Chancen einer Priorisierung von Investitionen bestehen?
- Ist es denkbar und langfristig sinnvoll, das kommunale Sachvermögen zu veräußern, zu privatisieren, in private Bewirtschaftung zu geben? Wie gelingt ein tragfähiges Erhaltungs- und Investitionsmanagement?
- Kann eine „lokale“ Aktivierung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft gelingen? Welche Voraussetzungen sind nötig? Was ist auf diesem Weg zu beachten? Welche tragfähigen Allianzen gibt es?
- Wie weit kann eine Nutzerfinanzierung gehen? Welche Formen der Beteiligung der Bürger/innen und der Unternehmen an der Finanzierung der Gemeindeaufgaben bestehen?
- Welche Anforderungen an Organisation, Strukturen und Arbeitsweisen von Verwaltung gibt es? Was bedeutet dies hinsichtlich Personalentwicklung, Personalfortbildung etc.?

Leitung: Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Allgemeine Hinweise

Detaillierte Programme zu den einzelnen Veranstaltungen werden an die Städte und Gemeinden in der Regel drei Monate vor Veranstaltungsbeginn versandt, können aber auch frühestens ab diesem Zeitpunkt angefordert oder über unseren Internetauftritt abgerufen werden.

Gebühren

Die Gebühren für die Veranstaltungen sind dem jeweiligen Einzelprogramm zu entnehmen. Unsere Gebühren sind gestaffelt. Für Mitarbeiter/innen aus Stadtverwaltungen, städtischen Betrieben und für Ratsmitglieder der Difu-Zuwenderstädte gelten Sonderkonditionen.

Rabattmöglichkeit

Bei Anmeldung bis drei Monate vor dem jeweiligen Seminarbeginn gewähren wir Ihnen einen Frühbucherabatt von 20 Prozent.

Absagen

Eine Absage muss schriftlich erfolgen. Telefonische Stornierungen können nicht bearbeitet werden. Bei Abmeldung bis zu drei Wochen vor Veranstaltungsbeginn werden 50 Prozent der Teilnahmegebühr fällig. Bei späterer Abmeldung oder Nichtteilnahme wird die volle Teilnahmegebühr berechnet. Selbstverständlich können Ersatzteilnehmer/innen benannt werden.

Änderungsvorbehalte

Bei zu geringer Beteiligung behalten wir uns vor, Veranstaltungen abzusagen. Die Gebühr wird in diesem Fall selbstverständlich erstattet. Aus wichtigen inhaltlichen oder organisatorischen Gründen kann es im Einzelfall erforderlich werden, Programmänderungen vor oder während der Veranstaltung vorzunehmen.

Hotelreservierung und Anfahrt

Hotel- und Verkehrsverbindungsliste werden mit der Anmeldebestätigung zugesandt.

Anmeldungen und organisatorische Anfragen an
Deutsches Institut für Urbanistik GmbH (Difu),
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin

Telefon

(030) 390 01-258 Sylvia Bertz
(030) 390 01-259 Ina Kaube
(030) 390 01-148 Bettina Leute

Telefax

(030) 390 01-268 oder (030) 390 01-100

E-Mail

bertz@difu.de oder kaube@difu.de oder leute@difu.de

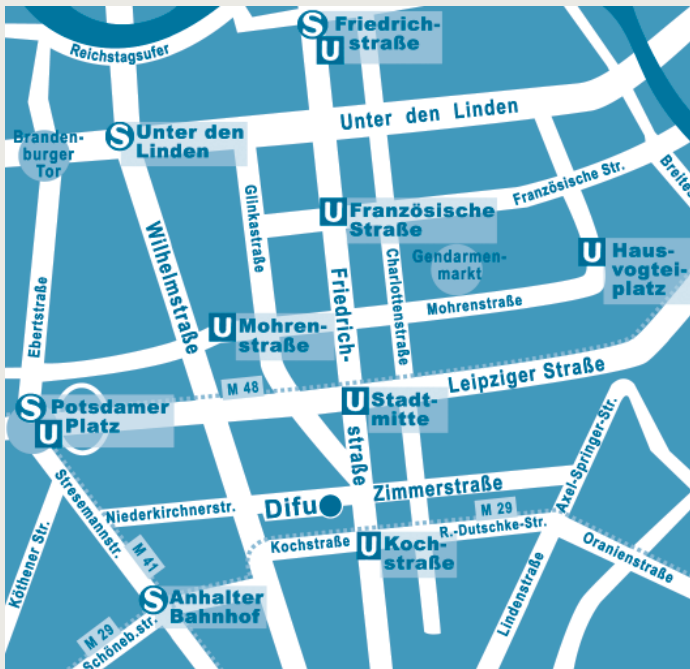
Internet

<http://www.difu.de>, <http://www.difu.de/seminare>

Die Seminaranmeldung ist **nur schriftlich** möglich.
Bitte melden Sie sich postalisch, per Fax, E-Mail oder
Online an. Anmeldeformulare finden Sie direkt unter
der jeweiligen Veranstaltung auf unserer Homepage.

**Bitte buchen Sie vor Erhalt Ihrer Bestätigung keine
Flugscheine, Fahrkarten etc.**

Difu-Standort



Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH
(Difu)
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin

Zentrale:

Telefon: +49 30 390 01-0
Fax: +49 30 390 01-100
Internet: www.difu.de

ÖPNV:

Busse: M29, M48, M41, M26, 248,
347, N6, N42

U-Bahn: Kochstraße, Stadtmitte,
Potsdamer Platz

S-Bahn: Anhalter Bahnhof,
Potsdamer Platz

